

# 20 Jahre BKM

## Eine Erfolgsgeschichte



Prof. Monika Grütters  
MdB, Staatsministerin  
für Kultur und  
Medien

**K**unst und Kultur sind frei. Sie sind Grundlage unserer offenen, demokratischen Gesellschaft und damit wichtiger Teil unseres Landes, das sich seit seiner Gründung im Herzen Europas nicht nur als Wirtschaftsmacht und Sozialstaat, sondern gerade auch als starker Kulturstaat versteht.« – So heißt es im aktuellen Koalitionsvertrag der Regierungsfractionen in der zehneitigen Passage zu »Kunst, Kultur und Medien«. Noch in keinem bisherigen Koalitionsvertrag hat es ein so vehement und ausführlich formuliertes Bekenntnis zur elementaren Bedeutung der Kultur für unsere Demokratie und zu der vielfältigen, einzigartigen Kulturlandschaft Deutschlands gegeben. Das ist auch Folge des nunmehr 20 Jahre währenden Auf- und Ausbaus eines eigenen Ressorts der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Als im Oktober 1998 ein »Beauftragter der Bundesregierung für Angelegenheiten der Kultur und der Medien« geschaffen wurde und wenig später Michael Naumann als erster Kulturstaatsminister sein Amt antrat, war die Einrichtung dieser Position nicht ganz unumstritten. Insbesondere die Länder befürchteten Abstriche zu ihren Ungunsten im föderalen System und einen Angriff auf ihre Kulturhoheit. An dieser bestand und besteht allerdings kein Zweifel: Der Bund nimmt in der Kultur- und Medienpolitik Aufgaben von gesamtstaatlicher Bedeutung wahr. Er ist und bleibt ein verlässlicher Partner für Länder und Kommunen im Rahmen des gelebten und bewährten kooperativen Kulturföderalismus. Das sehen mittlerweile auch die Länder so.

Meine vier Amtsvorgänger haben die ersten Jahre einer Bundeskulturpolitik mit direkter Anbindung an das Bundeskanzleramt maßgeblich mit geprägt. Wir verdanken ihnen zahlreiche Verdienste um Kunst und Kultur – wie etwa die Schaffung und Finanzierung des Hauptstadtkulturfonds, der unzählige innovative Kulturprojekte in und um Berlin ermöglicht hat, die Gründung der Kulturstiftung des Bundes, deren Aktivitäten das kulturelle Leben in Deutschland seit 2002 entscheidend bereichern, oder eine Filmförderung, die den deutschen Film

und den Produktionsstandort Deutschland international konkurrenzfähig machte. Anknüpfend an diese Erfolge hat sich der Etat der BKM in meiner nunmehr zweiten Amtszeit auf fast 1,8 Milliarden Euro erhöht, allein in meiner Amtszeit konnte der Etat um rund 46 Prozent gesteigert werden. Damit steht fast doppelt so viel Geld zur Verfügung wie in den Anfangsjahren. Darin drückt sich auch die hohe Wertschätzung aus, die das Parlament und die Bundesregierung unserer Kultur- und Medienlandschaft entgegenbringen. Dieser Aufwuchs erklärt sich durch die kontinuierliche Übernahme zusätzlicher Aufgaben und Verantwortlichkeiten. In meine Zuständigkeit fallen heute 74 große Kultureinrichtungen und Hunderte dauerhaft geförderter Projekte aus Kultur und Medien. Die zentrale Aufgabe der BKM besteht darin, deren Betrieb und Durchführung abzusichern – einerseits finanziell, andererseits durch gute gesetzliche Rahmenbedingungen.

Darüber hinaus ist es mir ein großes Anliegen, mit der Bundeskulturpolitik einen Beitrag dafür zu leisten, dass Kreative aus Kultur und Medien mit ihrer durchdringenden Analyse und kreativen Energie gesellschaftliche Debatten als wesentliches Element der Demokratie aufgreifen oder anstoßen und voranbringen können. Dazu gehört, die Autonomie der Kunst uneingeschränkt zu respektieren und zugleich Haltung zu zeigen, selbst wenn es unbequem wird. Dies ist die Aufgabe einer verantwortungsvollen Kulturpolitik, die damit gleichsam auch Kulturlobbyismus betreibt – aus gutem Grund. Denn die Perspektive der Kultur ist konstitutiv für unsere öffentlichen Aushandlungsprozesse, ja, für unsere Demokratie.

Wie hochbrisant Kulturpolitik für unser gesellschaftliches Selbstverständnis sein kann, zeigt die öffentliche Debatte über den Umgang mit NS-Raubkunst, die sich im November 2013 am Fall der Sammlung Gurlitt in besonderem Maße neu entzündet hat. Als unmittelbare Reaktion hat mein Haus noch im selben Jahr eine international besetzte »Taskforce« zur umfassenden Aufklärung

des Sachverhalts einberufen. In der Folge habe ich die Stiftung Deutsches Zentrum Kulturgutverluste als zentrale nationale und internationale Ansprechpartnerin in Deutschland für die Umsetzung der Washingtoner Prinzipien initiiert. Die bundesfinanzierte Stiftung nimmt die Aufgabe wahr, insbesondere die Provenienzforschung zu NS-Raubgut zu stärken, zu bündeln und auszubauen. Die Bundesregierung setzt sich weiterhin mit Nachdruck für die Suche nach in der Zeit des Nationalsozialismus geraubten Kulturgütern sowie für gerechte und faire Lösungen in Restitutionsangelegenheiten ein. Die abscheuliche Kulturpolitik der Nationalsozialisten sowie den beispiellosen Kunstraub im Zuge der unmenschlichen rassistischen Verfolgung im NS-Staat aufzuarbeiten, gehört zur immerwährenden historischen Verantwortung Deutschlands.

Eines verantwortungsvollen Umgangs bedarf es ebenso hinsichtlich der kolonialen Vergangenheit Deutschlands. Deshalb setze ich mich dafür ein, die Aufarbeitung von Kulturgut aus kolonialen Kontexten insbesondere durch die Förderung der Provenienz- und Grundlagenforschung sowie die Entwicklung von Museumsleitlinien voranzutreiben. Zugleich wagen wir mit dem Humboldt Forum eine neue Dimension der Präsentation unterschiedlicher Kulturen sowie des kulturellen Dialogs. Diese Kulturinstitution neuen Typs im rekonstruierten Berliner Schloss wird in Nachbarschaft zur Museumsinsel nicht nur architektonisch eine Lücke schließen: Im Humboldt Forum werden sich ab Ende 2019 auf rund 30.000 Quadratmetern die Kulturen der Welt präsentieren. Neben einem vielseitigen Ausstellungs-, Vermittlungs- und Veranstaltungsprogramm, das verschiedene Perspektiven zusammenführt, entstehen hier Räume für einen interdisziplinären gesellschaftlichen Diskurs neuen Formats. Das Humboldt Forum ist unsere kulturelle Antwort auf die Globalisierung. Ganz im Humboldtschen Sinn steht es für die Tradition der Aufklärung, für die Idee eines selbstbewussten, gleichberechtigten transnationalen Dialogs und für das Ideal eines friedlichen Austauschs trotz aller Unterschiede. Mit dem Humboldt Forum übernimmt die Bundesrepublik Deutschland auf zeitgemäße Weise ihre Verantwortung und die Fürsorge für das gemeinsame kulturelle Erbe der Menschheit und empfiehlt sich so als Partnerin in der Welt.

Aber auch ein besonders publikumswirksamer Botschafter unserer Kultur fällt in die Zuständigkeit der Bundeskulturpolitik: das Medium Film. Der deutsche Kinofilm genießt auf internationalen Festivals und Preisverleihungen nicht nur fachliches Ansehen, sondern begeistert auch die Zuschauer auf der ganzen Welt. Die Finanzierung der Berlinale – mit jährlich ca. 400 Filmen und um die 500.000 Besucher nicht nur eines der bedeutendsten Filmfestivals, sondern auch das bestbesuchte weltweit – ist eine wichtige Konstante in der Kulturförderung des Bundes. Mit den Förderungen und Preisgel-

dern der jurybasierten kulturellen Filmförderung unterstützt die BKM künstlerisch herausragende deutsche Kinofilmprojekte verschiedener Gattungen sowie Filmtheater mit hervorragenden Jahresprogrammen. Sie hat damit wesentlichen Anteil an der Entstehung und Verbreitung vieler Werke, sei es »Toni Erdmann« oder »Aus dem Nichts«, die in den vergangenen Jahren etwa in Cannes, bei den Golden Globe Awards oder beim Deutschen Filmpreis für Furore sorgten. Die wirtschaftliche Filmförderung stärkt darüber hinaus mit dem Deutschen Filmförderfonds gezielt den Produktionsstandort Deutschland und hat zwischen 2007 und 2017 Zuschüsse für 1.187 Filme in Höhe von rund 651 Millionen Euro bewilligt. Allein in Deutschland sorgten diese Fördergelder für Folgeinvestitionen von insgesamt rund 3,8 Milliarden Euro, die sechsfache Summe der verausgabten Fördermittel. Der erfolgreiche Deutsche Filmförderfonds hat im Jahr 2017 eine zweite Säule erhalten. Diese Neuerung schafft zusätzliche Anreize für Aufträge an deutsche Produktionsdienstleister, stärkt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen im Filmbereich und eröffnet jungen Filmtalenten bei uns attraktive berufliche Perspektiven.

Die kontroversen gesellschaftlichen Debatten, die wir nicht zuletzt wegen des erstarkten Populismus weltweit führen, haben gezeigt, dass Kultur als elementarer Bestandteil für unsere Identität und für unser Selbstverständnis von existentieller Bedeutung ist. Zugleich können kulturelle Erfahrungen gerade durch ihre sinnlich-ästhetischen Aspekte dabei helfen, sich andere Perspektiven zu erschließen und den eigenen Horizont zu erweitern. Dies ist eine Grundvoraussetzung für einen konstruktiven Dialog. Deshalb setze ich mich mit verschiedenen, teilweise neuen Förderszenarien dafür ein, kulturelle Bildung und Vermittlungsarbeit in Kulturinstitutionen, nicht zuletzt aber auch in unseren Gedenkstätten zur Erinnerung an das NS-Unrecht und dasjenige der ehemaligen DDR kontinuierlich zu stärken. Kulturelle Teilhabe ist gesellschaftliche Teilhabe. Sie erweitert die individuelle Sichtweise und stärkt zugleich Offenheit, Toleranz und Gemeinsinn, die Grundlage jedes gesellschaftlichen Zusammenhalts sind.

In seiner ersten Rede vor dem Bundestag am 12. November 1998 konfrontierte der damalige Kulturstatsminister Michael Naumann die Parlamentarier mit den Worten: »Politik ohne Kultur ist unfrei, sprachlos und sinnlos.« Dem möchte ich hinzufügen: Kunst und Kultur sind sichtbarer Ausdruck der Geistesverfassung einer Gesellschaft – es muss daher das Ziel jeder verantwortlichen Politik sein, Kunst und Kultur aufs Beste zu bewahren, sie adäquat zu fördern und ihren Raum zur freien Entfaltung zu schützen. Daran arbeite ich als Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien weiterhin mit Nachdruck und Überzeugung. Denn ich bin sicher: 20 erfolgreiche Jahre BKM sind erst der Anfang. ■